

Klaus Blessing

Machtwechsel oder Farbspiele? Wie geht es weiter nach der Bundestagswahl?

Am 8. Dezember 2021 wurde eine neue Bundesregierung vereidigt – die 24. seit Gründung der Bundesrepublik. Nach der politischen Farbenlehre wurde aus schwarz-rot nun rot-gelb-grün, gemeinhin als „Ampel“ bezeichnet. Viele Politiker und Massenmedien bezeichneten diese politische Farbänderung als „Machtwechsel“. Gewechselt haben doch aber nur Politiker ihre Stühle. Hat das etwas mit „Machtwechsel“ zu tun?

Wie deutsche Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln.

In dem bemerkenswerten Buch „Abhängig beschäftigt“¹ unternimmt der Autor Thomas Röper ein Gedankenexperiment und enthüllt in brillanter Art und Weise das „demokratische“ Machtgefüge der BRD:

*„Stellen wir uns einmal vor, wir wären eine Gruppe von mächtigen und reichen Menschen und könnten uns eine Staatsform, also ein politisches System, nach unseren Wünschen erschaffen. Wie sollte das aussehen? **Unser wichtigstes Ziel wäre es, ein System zu schaffen, das unseren Reichtum und unsere Macht absichert und uns den weiteren Ausbau von Reichtum und Macht ermöglicht.** Andererseits darf es für die Bevölkerung jedoch nicht ersichtlich sein, dass das System nur uns dient. Wie können wir die Macht behalten und den Menschen gleichzeitig das Gefühl geben, sie hätten die Macht? Es geht ja nur eines von beiden.*

*Man kann dieses Kunststück recht einfach hinbekommen, indem man den Menschen die **Illusion von Demokratie** verkauft. Man gibt den Menschen das Gefühl, sie könnten regelmäßig bei Wahlen Entscheidungen treffen, ohne dass die Wahlen die Entscheidungen tatsächlich beeinflussen.... Für uns, die wir das System erschaffen haben, ist dabei nur eines wichtig; Wir müssen die Kontrolle darüber behalten, wen die Lager zur Wahl aufstellen, damit niemand an die Macht kommt, der an die wahre Macht will. ... Wie kann man es aber einrichten, dass wir die Kontrolle über die Auswahl der Kandidaten behalten? Das ist ebenfalls recht einfach. Wahlkampf kostet Geld und wir sorgen dafür, dass jeder, der in ein Amt gewählt werden will, auf Spenden angewiesen ist. Wir hätten nun ein System geschaffen, in dem die Menschen zwischen Kandidaten wählen können, die aber in Wahrheit unsere Kandidaten sind. Dem Wähler wird die Illusion vermittelt, dass er der Souverän ist, der die Entscheidung trifft. Dabei darf er nur zwischen Kandidaten auswählen, die wir gut finden. Die perfekte Illusion.“*

Diese Darstellung ist keine Spinnerei eines Journalisten. Im Mutterland der Demokratie ist der Vorgang bis zum Exzess getrieben. Die US-amerikanische Praxis sieht so aus:

„Wie engmaschig jene Verflechtung ist, lässt sich zum einen daran ablesen, dass knapp die Hälfte aller Kongressabgeordneten, mindestens zwei Drittel aller Richterinnen und Richter

¹ Thomas Röper „Abhängig beschäftigt – Wie deutsche Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln“ J.K. Fischer – Verlag 2021 - **Alle in Sperrschrift wieder gegebenen Zitate sind Auszüge aus diesem Buch**

des Obersten Gerichtshofs (Supreme Court) sowie mehr als drei Viertel aller Mitglieder der Trump-Administration Millionärinnen und Millionäre sind, der aktuelle Präsident sogar ein Milliardär“.² Auch in anderen „demokratischen“ und insbesondere vom „Sozialismus befreiten Staaten“ des „Ostblocks“ standen und stehen durch Betrug am Volk reich gewordene Multimillionäre und Milliardäre an der Spitze des Staates –Italien, Ukraine, Tschechei, Ehemalige Sowjetrepubliken usw. In Deutschland besteht die reale Gefahr, dass gebunden an die „Karriere Friedrich Merz“ als Multimillionär auch solche Machtverhältnisse eintreten können.

Wahlkampfspenden des Kapitals an ihre politischen Ziehkinder sind notwendige Existenzbedingung. So beliefen sich die Gesamtkosten des Präsidentschaftswahlzyklus 2020 in den USA auf knapp 14 Mrd. US-Dollar.

In der BRD sind wir (noch) nicht bei US-amerikanischen Verhältnissen. Wahlkampfspenden haben jedoch auch in Deutschland das Wahlergebnis beeinflusst. Kohls und Schäubles „Spendenaffäre“ ist bis heute nicht aufgeklärt. „Bei der letzten Bundestagswahl hatte besonders viele Gönner diesmal die FDP, die auf Einnahmen von rund 4,43 Millionen Euro kommt. Dahinter folgen die Grünen mit 3,44 Millionen und die CDU plus CSU kommen auf rund 4,26 Millionen Euro. Alle anderen Parteien sind weit abgeschlagen.“³ Das Wahlergebnis spricht für sich.

Minister sollten von „ihrem“ Ressort möglichst nichts verstehen

Wir können keinerlei Interesse haben, dass die Minister etwas von der Materie verstehen, für die sie verantwortlich sind. Einem Experten kann man nicht jeden Blödsinn erzählen. Das kann gefährlich für uns werden, denn so ein Experte, der vielleicht kurz vor der Rente steht und dem seine Karriere daher egal ist, könnte plötzlich auf sein Gewissen hören und eine Entscheidung treffen, die nicht unseren Interessen entspricht.

*Unser Ziel muss es also sein, ein System zu schaffen, in dem die Politiker, die in hohe Ämter kommen, nicht nur von uns abhängig sind (was mit Lobbyisten, externen Beratern und Gutachtern hinreichend abgesichert und teuer ist K.B), sondern auch **noch möglichst inkompetent und von dem Ressort, für das sie verantwortlich sind, keine Ahnung haben....** Besonders hilfreich dabei sind die Parteien... Man muss aalglatt und unangreifbar sein. ... Es beginnt also ein Hauen und Stechen um die Posten.*

Die Ergebnisse dieses Hauen und Stechens in der BRD sind peinlich und gefährlich für die Gesellschaft. Einige besonders „Ahnungslose“ in ihrem Ressort sind Beweis für diese Auffassung.⁴

Dreimal hintereinander wird das **Verteidigungsministerium** von Frauen geführt, die wahrscheinlich noch nicht einmal wissen, wie ein Gewehr schießt. Die Generalität klopft sich vor Begeisterung auf die Schenkel, das Ausland ist peinlich berührt. Geldverschwendung,

²<https://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/311280/geld-im-us-wahlkampf>

³<https://www.tagesschau.de/inland/parteispenden-wahljahr-101.html>

⁴ Alle Aussagen über Politiker sind der Internetplattform WIKIPEDIA entnommen.

Korruption, schrottreife Flinten, nicht einsatzfähige Fluggeräte, Schiffe und Panzer bestimmen den militärischen Alltag. Zapfenstriche für verflossene Politiker und Politikerinnen mit Ritualen aus dem 19. Jahrhundert ehren die Ahnungslosen.⁵

Die neueste „Verteidigungs“ministerin **Christine Lambrecht (SPD)** ist Rechtsanwältin und evangelisch-lutherischer Konfession. Sie war schon Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Kabinett Merkel IV, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen. Eine Juristin, Parteiarbeiterin und Finanzfachfrau als Ministerin für Verteidigung! Im Verteidigungsministerium kann eine derartige Fehlbesetzung im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich werden.

Cem Özdemir (Grüne) – unser neuer Landwirtschaftsminister - absolvierte ein Studium der Sozialpädagogik an einer Evangelischen Fachhochschule und schloss als Diplom-Sozialpädagoge (FH) ab. Er ist „Transatlantiker“ und erklärter Putin-Hasser.⁶ Das erste politische Lebenszeichen als Landwirtschaftsminister war die Sorge um das Wohl von Legehennen, das zweite für die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Der Fachmann unter den Grünen – **Diplom-Biologe und Dr.rer. nat. Anton Hofreiter** – war für die Agrarlobby wahrscheinlich zu gefährlich. Er setzte sich für ein Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen ein. Er fordert zudem eine Einschränkung von Antibiotika in der Tiermast sowie eine Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft. Er fordert die Struktur der Agrarindustrie zu verändern. Umweltschutz ist für ihn eine Politik der Gerechtigkeit zum Schutz der Menschen mit niedrigen Einkommen.

Die neue Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist Bankkauffrau, hat Volkswirtschaftslehre studiert, war Geschäftsführerin mehrerer Institutionen, im Bundestag Vorsitzende des Finanzausschusses, sowie Inhaberin von Parteifunktionen der FDP in Hessen und im Bundestag. Sie ist katholisch, ihr Abitur legte sie an einer katholischen Mädchenschule ab.

Diese Besetzung ist aber bereits ein wesentlicher Qualitätssprung gegenüber ihrer Vorgängerin - **Anja Karliczek (CDU)**. Diese hatte eine Ausbildung zur Hotelfachfrau und ein

⁵ Nach der Schlacht von Großgörschen im Jahre 1813 besichtigte der preußische König Friedrich Wilhelm III. zusammen mit dem russischen Zaren Alexander I. am Abend das russische Lager. Wie es im russischen Heer üblich war, sangen die Soldaten nach dem Zapfenstreich einen Choral. Beeindruckt und ergriffen befahl Friedrich Wilhelm III. mit Kabinettsorder vom 10. August 1813 für die preußischen Truppen die Einführung eines Gebetes nach dem Zapfenstreich. Damit erlangte der Zapfenstreich – wenn auch zunächst nur in Preußen – seine erste zeremonielle Bedeutung. Zu Ehren des russischen Zaren Nikolaus I. führte das königlich-preußische Militär am 12. Mai 1838 in Berlin einen Großen Zapfenstreich auf.

⁶ Im Juli 2011 trat Özdemir aus dem Vergabe-Komitee des Quadriga-Preises aus, um gegen die geplante und danach ausgesetzte Verleihung des Preises an Wladimir Putin zu protestieren. Bereits im September 2004 war Cem Özdemir unter den Unterzeichnern eines von der neokonservativen US-amerikanischen Denkfabrik Project for the New American Century (PNAC) veröffentlichten Offenen Briefes an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs von NATO und EU gegen die Politik des russischen Präsidenten. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien und dem dortigen russischen Militäreinsatz forderte er eine Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland und warf Wladimir Putin Skrupellosigkeit vor.

Diplom als Kauffrau. Praktisch war sie als leitende Angestellte in dem von ihren Brüdern geführten Hotel tätig. Sie ist katholisch.

Das Forschungsministerium des führenden Industriestaates in Europa wurde und wird von „Kauffrauen“ geleitet! Warum wundern wir uns, dass Deutschland weltweit immer mehr den Anschluss bei wissenschaftlich - technischen Leistungen verpasst?

Besetzungen mit inkompetenten Parteikadern sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Auch in der letzten Regierung Merkel waren besondere Exemplare dieser Gattung vertreten.

Ex – Wirtschaftsminister **Peter Altmaier (CDU)** ist Jurist. Er arbeitete als Beamter im Höheren Dienst bei der Europäischen Kommission in Brüssel, wo er in der Verwaltungskommission die soziale Sicherheit von Wanderarbeitnehmern verantwortete. Entsprechend spurlos war sein Treiben als Wirtschaftsminister. Dafür war er mit Sprechblasen in vielen Talk-Shows vertreten, was weder ihm noch den Talkmeistern und -meisterinnen und erst recht nicht den Medienunternehmen ein Qualitätssiegel ausstellt.

Es beweist jedoch ihre Rolle im System. *Mit Unterstützung der **Medien**⁷, die den Menschen die politische Auseinandersetzung zwischen den Lagern möglichst dramatisch verkaufen, ist die Illusion perfekt. Die Medien gehören uns, denn wir sind diejenigen, die das Geld haben, um eine Zeitung (oder einen Fernsehsender) zu gründen.... Den Streit, den die Medien bei manchen Fragen miteinander haben, stört nicht. Im Gegenteil: Er verstärkt die Illusion, die Medien wären frei.*

Ex-Außenminister **Heiko Josef Maas (SPD)** ist Jurist. Er war vorher Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz; Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr; sowie Minister und stellvertretender Ministerpräsident des Saarlandes. Also „Mädchen“ für alles. Von vielen wird er als schwächster Außenminister aller Zeiten tituliert. Er ist römisch-katholisch.

Ex-Verkehrsminister **Andreas Scheuer (CSU)** schloss als „Ur-Bayer“ ein Staatsexamen für das Lehramt an Realschulen ab. Er absolvierte ein Magisterstudium mit der Abschlussarbeit unter dem Titel: „*Wahlkampf der CSU – eine Betrachtung am Beispiel der Medientouren des Ministerpräsidenten und Parteichefs Dr. Stoiber*“. Seine Ministertätigkeit ist durch Weisungen aus der Münchner Zentrale geprägt und mit Pleiten, Pech und Pannen noch zurückhaltend beurteilt. Er ist römisch-katholisch, zweimal geschieden.

Die Reihe der peinlichen Fehlbesetzungen ist beliebig erweiterbar. Das Resümee ist eindeutig: Die meisten Minister sind fachlich inkompetent. Im allgemeinen sind es Juristen, wie auch die „Höchste Volksvertretung“ (Bundestag) von Juristen dominiert wird. Überwiegend sind die Amtsinhaber religiös gebunden. Diese „heilige Allianz“ von fachlicher Unwissenheit, juristischer Kleinkariertheit und religiösem Gedankengut stellt eine ideale Verbindung dafür dar, dass nichts passiert, was den Interessen der wirklichen Machthaber des Kapitals widerspricht. Sie ist durch rückwärts gewandtes formales Denken und Handeln in Paragraphen Garantie für die Erhaltung des status quo. Politik kann sich aber nicht im

⁷ Der Autor Thomas Röper bezieht seine Aussagen nur auf „die Presse“ – ich habe „Presse“ durch Medien ersetzt.

Festschreiben ständig neuer Paragrafen und die Kontrolle deren Einhaltung durch Gerichte beschränken. Vorwärts weisende politische Visionen sind damit a priori ausgeschlossen.

Der Ministerpräsident von NRW Hendrik Wüst – selbst Jurist – meint. “Für mich bleiben vorausschauendes Handeln und Achtsamkeit die obersten Gebote. Zudem müssen unsere Entscheidungen konsistent und klar sein. Das heißt, dass die Menschen nachvollziehen können, was und warum wir es tun. Verlässlichkeit und das Vermeiden von hektischen Brüchen sind wichtig, damit die Menschen mitziehen. Die Akzeptanz der Menschen bleibt nur erhalten, wenn wir verständlich machen, was wir tun.”⁸

Das Desaster Corona-Bekämpfung mit hektischer Betriebsamkeit, Profilierungsgelüsten, Meinungsfreiheit auch von Unwissenden, föderalem Durcheinander und gerichtlicher Willkür zeigt, wie man nicht regieren sollte. Ist es da ein Wunder, wenn beachtliche Teile des deutschen Volkes den Paragrafenreitern nicht folgen?

DDR – Minister erhielten Entgelte nicht nach Leistung, sondern als Belohnung für politische Anpassung – urteilten „große Richterlein“

Hinsichtlich der „Ressortkenntnis“ und dem Wirken der „unabhängigen Gerichte“ halte ich einen Vergleich zu den verfassungsrechtlich abgestraften Ministern und Staatssekretären der DDR für angebracht. Ich war selbst einer von denen.

Ich hatte mich mit Verfassungsbeschwerde wegen Rentenkürzung gegen mich an das Bundesverfassungsgericht gewandt. Die Verfassungsbeschwerde wurde „nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie unzulässig ist“, war die höchstrichterliche Antwort. Noch mit dem Hinweis versehen: „Die Entscheidung ist unanfechtbar.“

Die richterliche Begründung wurde in einem Beschluss 54/2010 geliefert. Darin heißt es: „Die Rentenkürzung rechtfertigt sich aus dem gesetzgeberischen Anliegen, ein rentenrechtliches Fortwirken eines Systems der Selbstprivilegierung zu verhindern. Der Gesetzgeber durfte davon ausgehen, dass diese kleine Gruppe von Personen, die an wichtigen Schaltstellen des Partei- und Staatsapparates der DDR tätig waren, ihre Position entscheidend durch Systemtreue erlangten und die gewährte Besoldung und Versorgung eben diese honorierte. Die Minister der DDR wurden durch das Politbüro der SED in erster Linie nach politisch-ideologischen Kriterien ausgewählt. Daher ist die Einschätzung des Gesetzgebers, dass die an solche Führungskräfte gezahlten Entgelte zu einem gewissen Teil nicht durch Leistung, sondern als Belohnung für politische Anpassung und unbedingte Erfüllung des Herrschaftsanspruches der SED erworben wurden, nicht zu beanstanden.“

Die Damen und Herren in den roten Roben müssen die Systeme verwechselt haben! Die Minister und Staatssekretäre der DDR, ebenso wie die Generaldirektoren, waren Fachleute auf ihrem Gebiet und keine unqualifizierten Parteisoldaten. Der Verteidigungsminister war Armeegeneral, der Gesundheitsminister Mediziner, der Verkehrsminister Eisenbahner usw. usf. Alle hatten in ihrem Resort studiert und praktische Berufserfahrung, viele waren promoviert.

⁸ Tagesspiegel 23. Januar 2022

Ich selbst hatte als Staatssekret für Metallurgie an der Karl-Marx-Universität Leipzig das Diplom als Ökonom der Metallurgie, später den Ingenieur für Stahlwerkstechnik im Zusatzstudium erworben. Anfang der 90-er Jahre hatte ich mit der Arbeit „Zur volkswirtschaftlich optimalen Entwicklung der Schwarzmetallurgie der DDR“ – ohne Plagiat – an der Bergakademie Freiberg promoviert. Meine nach Meinung der obersten unantastbaren Richter nicht auf Leistung beruhende ungerechtfertigte Entlohnung als Staatssekretär betrug 3425 Mark der DDR monatlich, die eines Ministers der DDR 4250 Mark – ohne weitere Zusatzeinkünfte. Heute beträgt das Grundgehalt der Besoldungsgruppe B11 für Staatssekretäre im Bund seit dem 1. März 2020 monatlich 14 808,25 Euro. Hinzu kommen 552,76 Euro als sogenannte Ministerialzulage

Zurück zur aktuellen Machtpolitik.

Die „Ampel“ will „Mehr Fortschritt wagen“ – Ihre Konzepte sind bürokratische Monster ohne Visionen

Die Ampel will **mehr** Fortschritt wagen. Wieso? Wo hatten wir in den letzten 20 – 25 Jahren in Deutschland „Fortschritt“? Deutschland verharrt nach der Politik des Aussitzens, Abwartens und Nur-Entscheiden, wenn es gar nicht anders geht in den letzten Jahren der Regierung Kohl und der Periode Merkel weitgehend im politischen Stillstand. Mehltau hat sich über das Land gelegt. Das gefällt den meisten Deutschen, „alles bleibt beim Alten“.

Unter „Fortschritt“ wäre unter den aktuellen Bedingungen des 21. Jahrhunderts ein Konzept zu verstehen, wie das Überleben der Menschheit unter menschenwürdigen Bedingungen, ohne Kriege, Umweltzerstörung und grenzenlose Armut angestrebt wird und welchen Beitrag Deutschland dazu leistet.

Die neuen „Machthaber“ der Ampel überschlagen sich zwar mit Anspruchsdenken und Eigenlob. Die neue Farbmischung der Parteien wird als „Fortschrittskoalition“ bezeichnet, die „die Weichen für ein Jahrzehnt der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen, digitalen und gesellschaftlichen Erneuerung“ stelle. Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.“ Der neue Bundeskanzler spricht sogar von einem „**Jahrhundertprojekt**“. Seine bisherige Amtsführung zeugt nicht gerade von Aufbruch.

Lässt man das monströse 177 Seiten umfassende Koalitionspapier unter diesem Anspruchsdenken auf sich wirken, ist von „Fortschrittskoalition“ nicht viel übrig. Grundfragen der deutschen Politik, vor allem der Wirtschafts- und Sozialpolitik und prinzipielle Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise bleiben ausgeklammert. Sie werden im Klein-Klein gar nicht erst gestellt, oder sind nicht kompromissfähig.

Niedergeschrieben ist das Koalitionspapier offenkundig durch Beamte und Juristen in entsprechendem „deutsch“, gespickt voller Anglizismen, Vertrags- und Gesetzeshinweisen und Fachbegriffen. Das „Fortschrittliche“ besteht darin, dass konstatiert wird, dass Klimakrise – ohne diesen Begriff zu verwenden, kann offenkundig kein Politiker mehr punkten - und Corona „unsere Lebensgrundlagen“ gefährden. Strategische Schlussfolgerungen daraus

werden nicht gezogen. Weder zur Befreiung des Gesundheitswesens von der Profitwirtschaft, noch zum Überdenken der föderalen Selbstherrlichkeit oder gar der alles entscheidenden Gerichtswillkür. Selbst in Zeiten explodierender Coronainfektionen dürfen diese in der Sache völlig ungebildeten „kleinen Richterlein“⁹ – wie sie Weltärztepräsident Ulrich Montgomery bezeichnete – Beschlüsse aufheben, die nach Beratung mit medizinischen Experten von den Regierenden erlassen wurden. Wer zieht diese „kleinen Richterlein“ für die zu verantwortenden Toten zur Verantwortung?

Im Koalitionspapier ist die Entkopplung der deutschen Wirtschaft von endlosen Globalisierungsschleifenebenso tabu wie wirksame Schritte zur Reduzierung der unerträglichen und unsinnigen Spaltung der Gesellschaft in extremen Reichtum Weniger und extremer Armut Vieler.

Fortschritt wird mit Digitalisierung gleichgesetzt. Folglich mussten die Bürokraten ihr „Fortschrittsdenken“ dadurch beweisen, dass im Koalitionspapier von Anfang bis Ende fast auf jeder Seite mehrfach „digitalisiert“ wird. Eine auf vielen gesellschaftlichen Gebieten durchaus diskussionswürdige Methode wird zum dominierenden Inhalt der „Fortschrittspolitik“ stilisiert.

Die überlebenswichtige Frage der Erhaltung des Friedens wird überhaupt nicht behandelt. Der Begriff „Frieden“ erscheint erstmals und einmalig auf Seite 145 und wird dürftig und provokativ damit umschrieben, dass „wir uns für die Bewahrung **unserer** freiheitlichen Lebensweise in Europa und den Schutz von Frieden und Menschenrechten weltweit einsetzen. Dabei leiten uns **unsere** Werte und Interessen.“ Welche und wessen Interessen sind das?

Die abgetretene Bundeskanzlerin war bereits 2012 deutlich geworden: „Das heißt also, die Frage, wie wir unser Werteverständnis, unser abendländisches christlich-jüdisches Bild vom Menschen in die Welt einbringen, ist eine Frage, die in den nächsten Jahren absolut entscheidend sein wird... Das heißt also, wir müssen – das ist meine feste Überzeugung - kämpferischer werden...Es ist kein Selbstläufer, dass sich unsere Art zu leben, in der Welt durchsetzt.“¹⁰

Und vom neu gewählten CDU-Vorsitzenden **Friedrich Merz** stammt die Aussage: „Wenn uns **unsere** Freiheit etwas wert ist, dann müssen wir sie verteidigen, ganz gleich wo und wie sie bedroht ist.“ Im Umkehrschluss: Wenn uns unsere Freiheit – so wie sie vom Kapital exerziert wird – nichts wert ist, müssen wir sie dann auch verteidigen?

Das ist das Kernproblem der aktuellen Politik. Die „westlichen Werte“ sollen weltweit Allgemeingut werden. Die westliche Lebensweise, sprich Profitwirtschaft durch

⁹Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery hat Richter wegen Urteilen zu Corona-Maßnahmen scharf kritisiert. "Ich stoße mich daran, dass kleine Richterlein sich hinstellen und wie gerade in Niedersachsen 2G im Einzelhandel kippen, weil sie es nicht für verhältnismäßig halten", sagte Montgomery der "Welt". So maße sich ein Gericht an, etwas, das sich wissenschaftliche und politische Gremien mühsam abgerungen hätten, mit Verweis auf die Verhältnismäßigkeit zu verwerfen. "Da habe ich große Probleme", sagte Montgomery. – Natürlich kamen die „kleinen“ (und großen) „Richterlein“ sofort aus der Deckung, um ihre Privilegien und Macht zu verteidigen. Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen (BDVR) verwarft sich gegen Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden des Weltärztebunds

¹⁰ Rede an der Katholischen Akademie Tutzing 2009

Massenkonsum, soll die Welt dominieren. „Die Welt“ will und wird jedoch die westlichen Werte nicht usurpieren. Zumindest in Teilen dieser Welt – in Asien, Lateinamerika, dem nahen und mittlerem Osten und anderswo – will und wird man nach eigenen historischen, ethischen, religiösen und moralischen Wertvorstellungen leben wollen. Das sollte die westliche „Wertegemeinschaft“ akzeptieren.

Hans Modrow schreibt in seinem Vermächtnisbrief: „Der christlich-europäische Kulturkreis, aus dem wir ebenso kommen wie Karl Marx und der ganze Kapitalismus, kann nicht die Elle sein, mit der wir die Welt vermessen. Es gibt Kulturvölker, die uns Jahrtausende voraus sind. Und es gibt Prioritäten, die auch Willy Brandt setzte: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“¹¹

Alte Muster in neuem Gewande

Politische Visionen, selbst solche von Vorgänger – Regierungen fehlen im Koalitionspapier völlig. Willy Brandts Friedens- und Ostpolitik wird durch üble Verleumdung Russlands und Chinas ins Gegenteil verkehrt. Von Ludwig Erhards „**Sozialer** Marktwirtschaft“ ist wenig zu spüren.

Vielmehr schauen nicht nur im Papier, sondern auch in den bisher dürftigen Meinungsäußerungen der Koalitionäre alte und erfolglose Denkmuster heraus, die durch drei Leitlinien gekennzeichnet sind:

1. Zurück zum Wirtschaftswachstum, dann geht es allen gut.
2. Zurück zur Schuldenbremse damit die nachfolgenden Generationen nicht die Schulden der alten aufgebürdet bekommen.
3. Vorwärts zu einer (noch) stärkeren Rolle Deutschlands in der Welt damit diese an den deutschen Tugenden genesen möge.

Weitgehend durchgesetzt in der politischen Linienführung hat sich der kleinste (gelbe) Koalitionspartner. Offensichtlich gilt die Farbenlehre auch politisch. Mischt man rot mit grün entsteht gelb. Vom gelben Koalitionsgemisch wird noch einiges zu erwarten sein. Alle Punkte sind nämlich auch hervorragend mit schwarz kombinierbar. Farbentechnisch ergibt das dann allerdings ein „schmutziges“ grau.

Überprüfen wir die Zukunftsfähigkeit derartiger Koalitionsansprüche an Hand von Fakten.

Wirtschaftswachstum schafft Macht

Im Zentrum der wirtschaftspolitischen politischen Agenda steht die Mär, dass ständiges Wirtschaftswachstum Wohlstand für alle schaffe. **Wirtschaftswachstum** praktiziert das kapitalistische System seit es existiert. Es ist seine Existenzbedingung. Nur wenn der Profit wächst, ist es existenzfähig. Und damit ist es die Voraussetzung zur Bereicherung Weniger auf Kosten Vieler.

Amerikanische Historiker kommen zu der bemerkenswerten Aussage: **“Wer die leistungsfähigste Wirtschaft besitzt, kann sich die größten Armeen und Flotten und die modernsten Waffen erlauben; wer die modernsten und schlagkräftigsten Armeen und Flotten besitzt, kann anderen Ländern seinen Willen aufzwingen und wird früher oder später zur Großmacht.”**¹²

Wenn Wachstum Wohlstand schaffen würde, müssten bei einer Steigerung des BIP in den letzten 30 Jahren – also seit der Niederlage der sozialistisch orientierten Länder- weltweit auf das 3,6-fache und in der BRD auf das 2,6-fache in der Welt und in Deutschland geradezu paradiesische Zustände herrschen. Die Realität ist eine andere. Das Kapital hat seine weltweite „Alleinherrschaft“ systembedingt genutzt, um verheerende Zustände zu etablieren.

Wirtschaftswachstum tötet

Ständiges Wachstum zwingt zum Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte und Macht. Darum führt das Kapital zunehmend erbarmungslos Krieg.

Nach Ermittlungen US-amerikanischer Institute sind allein in den Kriegen in Afghanistan, Pakistan, Irak und Syrien mindestens 897.000 bis 929.000 Menschen, darunter 364.000 bis 387.000 Zivilisten getötet worden. Allein in den sieben wichtigsten Konfliktregionen wurden in den vergangenen 20 Jahren 91.340 Luftangriffe durchgeführt. Insgesamt kamen bei den maßgeblich vom US-Imperialismus ausgelösten Konflikten beinahe 400.000 Zivilisten ums Leben.

Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Seit dem 1. Januar 2014 haben dort nach UN-Angaben 18.892 Menschen ihr Leben verloren (Stand 11. Oktober 2019).¹³ Die Zustände in den Massenlagern sind menschenverachtend.

Die weltweite Armut und damit der Hunger steigen rasant an. Nach aktuellen Angaben hungerten rund 811 Millionen Menschen weltweit und 41 Millionen stünden kurz vor einer Hungersnot.¹⁴ 30 Millionen Menschen, darunter 11,3 Millionen Kinder, sind wegen Hunger auf humanitäre Hilfe angewiesen.^{15,16} Die Lage in Afghanistan, dem Nahen Osten und in Ländern Afrikas, wo die NATO – auch mit deutscher Unterstützung - gewütet hat, ist für Millionen Menschen todbringend geworden.

Infolge von Krieg und Hunger wird die weltweite Zahl der Flüchtlinge auf bis zu 60 Millionen geschätzt. Bekämpft werden aber nicht die Ursachen dafür, sondern deren Erscheinungen in Form der Migration. Die Koalitionäre der Ampel wollen, wie ihre Vorgänger, vorrangig die Migration bekämpfen.

Welchen Anteil hat Deutschland daran?

¹² Zitiert Blessing „Sozialistische Zukunft“ Seite 105

¹³ Dokumentiert von proasyl

¹⁴ Welthungerindex 2021 der Welthungerhilfe

¹⁵ German-foreign-policy.com vom 10.9.2021 – dokumentiert in Rotfuchs Oktober 2021

¹⁶ <https://nevensuboticstiftung.de/blogs/absolute-armut-weltweit-auf-dem-ruckzug?gclid=...>

Deutschland ist als Kriegsteilnehmer, Waffenexporteur und Exportweltmeister direkt oder indirekt für diese Entwicklungen mit verantwortlich.

Die **Militärausgaben** Deutschlands sind im „Merkelzeitalter“ von 38,5 auf 52,8 Milliarden US-Dollar gestiegen. Allein in der 19. Wahlperiode wurden Rüstungsexporte von 22,5 Milliarden genehmigt. Das reicht der neuen Bundesverteidigungsministerin nicht. Schon schreit die Finanzfachfrau auf dem Kriegsstuhl nach mehr Geld.

Bundespräsident Steinmeier erklärte in seiner salbungsvollen Rede anlässlich der „Ehrung“ der Afghanistan-Rückkehrer: „Mehr als 90.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr waren in Afghanistan,.... Wir gedenken heute der 59 deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihr Leben ließen. Und folgert (ganz im Sinne seines Vorgängers im Amt – K.B.): Wir müssen stärker werden in unseren Möglichkeiten, auch im Militärischen. Es ist die wichtigste Aufgabe unseres Staates, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. In diesen instabilen Zeiten investiert Deutschland mehr in seine Verteidigung – und das ist richtig so.“

Sein Vorgänger im Amt, der christliche Pfarrer Gauck aus Mecklenburg, hatte den Soldatinnen und Soldaten, in seiner legendären Hamburger Rede bereits im Jahre 2012 zugerufen: „Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch, vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor 20 Jahren für möglich gehalten? Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden – mit allen Gefahren für Leib, Seele und Leben.“

Für 114 Soldatinnen und Soldaten hat sich diese Perspektive erfüllt. Sie kamen seit 1992 bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ums Leben.¹⁷

Nicht einmal den Rüstungsexport will die Ampel-Koalition begrenzen, jedoch „den Rüstungskontrollbericht transparent gestalten und keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten erteilen, die am Jemen – Krieg beteiligt sind.“

Deutsches „Exportwunder“ ruiniert andere Völker

Deutschland hat einen größeren Exportüberschuss als China, er ist ständig angestiegen. Betrug er 2006 bereits stolze 159 Milliarden Euro, waren es 2017 bereits 240 Milliarden.

Was ist daran schädlich? Das Land produziert mehr Güter, als es verbraucht. Es schafft sich dadurch Arbeitsplätze zu Lasten anderer Länder. Das Land baut Vermögen gegenüber dem Ausland auf, weil es mit seinen Exporten mehr einnimmt, als es für die im Ausland erworbenen Güter und Dienstleistungen (Importe) ausgibt. Es schädigt dadurch massiv die Wirtschaftliche Entwicklung in den Schuldnerländern, macht diese finanziell erpressbar – wie gegenüber Griechenland durch den damaligen Finanzminister Schäuble per excellence brutal exerziert. Es legt dadurch den Grundstein für Kriege, Flüchtlingsströme und Flüchtlingselend.

„Deutschland hat gegenüber 166 Ländern Exportüberschuss.... Länder, die auch der Eurozone angehören, haben sich dem Diktat der gemeinsamen Währung zu beugen und können sich gegen den Wettbewerbsvorteil der Deutschen mit ihrer überlegenen

¹⁷wikipedia

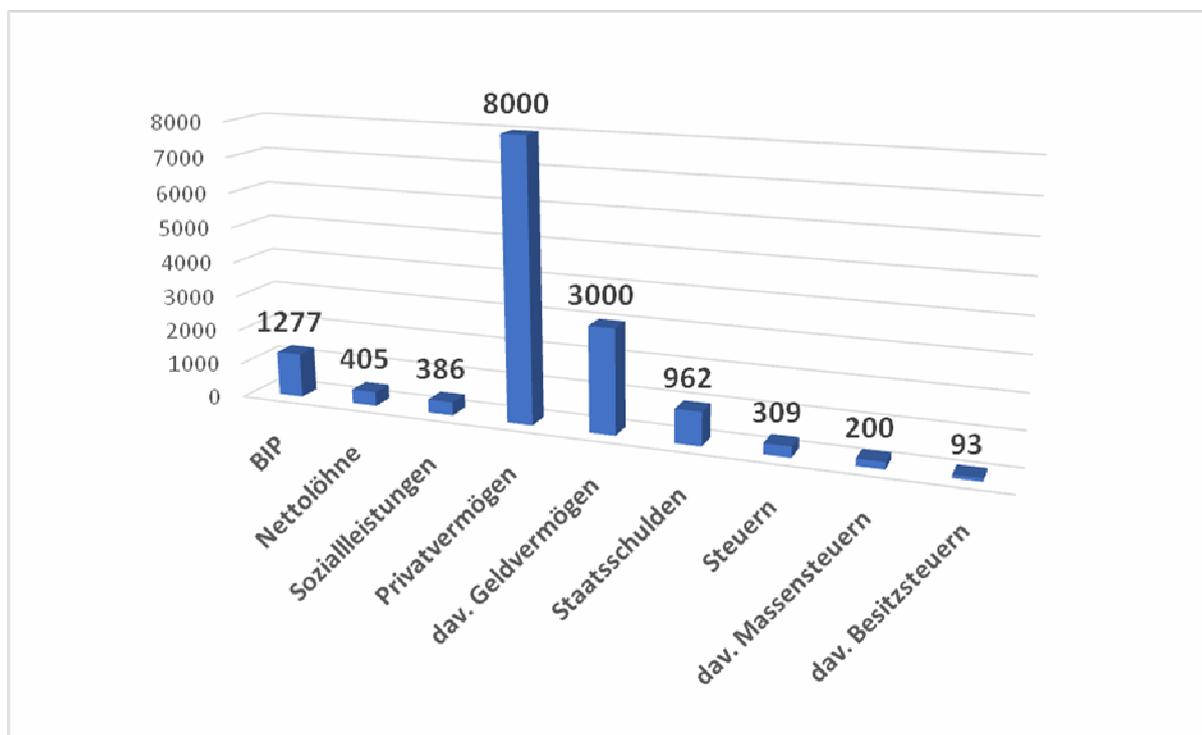
Arbeitsproduktivität bei niedriger Lohnquote nicht durch Senkung des Wertes der eigenen Währung schützen.“¹⁸

Wirtschaftswachstum polarisiert Armut und Reichtum

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degeneration auf dem Gegenpol,“ wusste schon Karl Marx¹⁹

Analysiert man die deutsche Wachstumsentwicklung in den Jahren des 21. Jahrhunderts – also überwiegend im „Merkel-Zeitalter“ wird seine Aussage eindrucksvoll bestätigt.

Zuwachs wirtschaftlich – sozialer Kenngrößen In Deutschland vom Jahr 2000 bis 2018 in Mrd. €²⁰



Wie ist es möglich, dass bei einem Wachstum des BIP um ca. 1,3 Billionen Euro die Privaten Vermögen um 8 Billionen Euro gestiegen sind? Die Antwort ist einfach: Vermögen entsteht nicht mehr vorrangig in der Realwirtschaft, sondern in der Finanzwirtschaft durch

¹⁸ Isw-Wirtschaftsinfo 57, Seite 10

¹⁹ Karl Marx Band 1, Seite 675

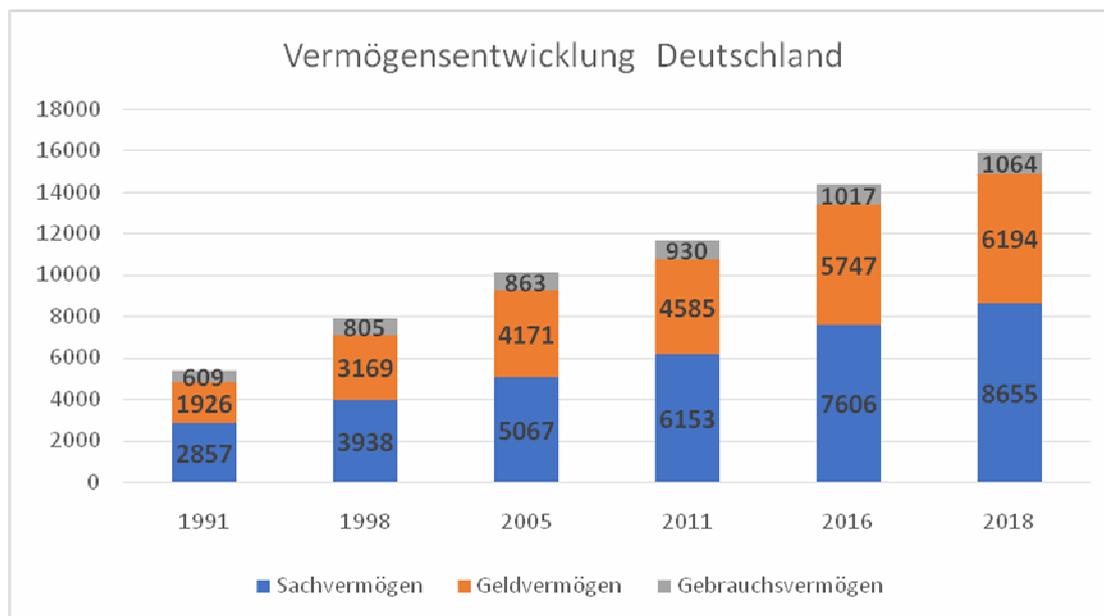
²⁰ **Quellen:** Offizielle Statistiken des Bundesamtes für Statistik und der Bundeszentrale für politische Bildung
Definition „Massensteuern“ = Steuern der Masse des Volkes (Lohnsteuer, Umsatzsteuern, Verbrauchssteuern,)
Definition „Besitzsteuern“ = Steuern der Besitzenden (Körperschaftssteuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer, Erbschaftssteuer, Einkommenssteuer)

Spekulation. Das ist der Übergang vom Industriekapitalismus zum Finanzmarktkapitalismus. Dieser Prozess verläuft weltumspannend.

„Wir haben es mit einer Überakkumulationskrise zu tun, das Wertschöpfungspotential übersteigt die effektive Nachfrage, worauf die Industrie, das Herzstück der Wertschöpfung, mit einem Rückgang ihrer Produktion und ihrer Investitionen reagiert; und die Finanzstrategen, die Vermehrer der Geldvermögen, ihrerseits reagieren mit weiteren Einstiegen in die Finanztitel, die den Ballon des fiktiven Vermögens weiter aufblasen.“²¹

Die Koalitionäre, insbesondere Herr Lindner, meinen aber durch Steuererleichterungen – für die Reichen versteht sich – Investitionen und dadurch Wachstum weiter ankurbeln zu müssen. Was sollen diese erneuten Steueranreize für seine Klientel? Die Antwort ist einfach: Noch mehr Vermögen in der Oberschicht der Bevölkerung bilden.

Besonders nach der „Wende“ vollzog sich in Deutschland eine grandiose – nie dagewesene - Vermögensentwicklung. Vor allem durch Spekulationsgewinne wurde diese Entwicklung im entfesselten Kapitalismus weiter forciert.



Angaben in Mrd. Euro²²

Wirtschaftswachstum bereichert die Oberschicht

„Die Deutschen werden immer reicher“, mit dieser zynischen Überschrift kommt alle Vierteljahre eine neue Studie irgendeines Wirtschaftsinstitutes auf den Markt. In der Tat:

²¹lsw-report Nr. 121 S. 19

²²Quelle bpb

Nach aktuellen Studien mit gleichem Titel haben „Die Deutschen“ nunmehr fast 8 Billionen Euro auf der „hohen Kante“. Reiches Deutschland! Jeder Bürger – vom Säugling bis zum Greis – würde über Geldmittel von fast 100.000 Euro verfügen. Hat aber nicht „jeder Bürger“.

Die Hälfte der Bürger besitzt weniger als 5 % Prozent - dafür besitzen die oberen 10 Prozent über 66%. Die Ungleichheit in der Vermögensverteilung ist im wiedervereinigten Deutschland stark gestiegen- und steigt ständig weiter. Bereits 2014 konstatierte das DIW in Deutschland die höchste Ungleichheit von Vermögen in der Eurozone.²³²⁴ Natürlich ist dieser Reichtum nicht durch fleißige Arbeit der „oberen Zehntausend“, sondern durch Diebstahl am Volkseigentum der DDR, Ausplünderung von Mensch und Natur rund um den Erdball und grenzenlose Spekulation entstanden.

Frage 2 · Wie sieht es bei den Vermögen aus?

Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank 2013, 2016, 2019

WSI

Das reicht der „Ampel“ nicht. Christian Lindner hat als neuer Finanzminister „rote (sprich gelbe) Linien eingezogen: Keine Steuererhöhungen, keine neuen Schulden. Was bleibt? Radikaler Sozialabbau und weitere zügige Privatisierung des gesellschaftlichen Lebens. In den USA sind schließlich sogar die Gefängnisse privatisiert und deshalb vorwiegend durch farbige „Bewohner“ überfüllt. Durch Auslastung muss Profit entstehen. In vielen Ländern ist die Wasserversorgung, in manchen sind Autobahnen und Straßen privatisiert, in England waren es die Eisenbahnen. Die neue Koalition hat also noch viel Entwicklungspotential.

²³ Wikipedia

²⁴ Der deutsche Gini-Koeffizient liegt bei über 80, in vergleichbarer Höhe mit Panama, Südafrika, Indien, Brasilien, Saudi-Arabien und anderen Sozialen „Vorzeigeländern“.

Wirtschaftswachstum verfestigt Armut

Auf dem Gegenpol steigt die Armut, auch im „reichen“ Deutschland. Rund 5,32 Millionen Menschen in Deutschland beziehen laut offizieller Daten derzeit Hartz IV. Das sind fast 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten kürzlich 3 Euro pro Monat zusätzlich und die Koalition will es künftig „Bürgergeld“ nennen.

Die Anzahl der Wohnungslosen wird auf 678.000 geschätzt. Häufigster Grund für den Wohnungsverlust: Kündigung durch die Vermieter. Die „Ampel“ will (bezahlbaren?) Wohnraum schaffen und die Mietpreisbremse bis 2029 verlängern. Aber wir haben doch noch „unabhängige“ Gerichte, die derartige Vorhaben rechtzeitig stoppen werden, weil sie „verfassungswidrig“ sind. Die „Ampel“ konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen, im reichen Deutschland die Obdachlosigkeit beseitigen zu wollen.

Von 2018 auf 2019 ist die Zahl der Tafel-„Kundinnen und -Kunden“ von 1,5 Millionen Menschen auf 1,65 Millionen Menschen gestiegen. Kostenloses Essen in Suppenküchen, zubereitet von Ehrenamtlichen, oder Lebensmittel zu einem symbolischen Preis bei den über 900 Tafeln in Deutschland sind längst keine zusätzlichen Hilfen mehr, sondern für arme Menschen Teil der Existenzsicherung.

Reichtum führt zur Staatsverschuldung

Das politische Paradigma der alten und neu gewählten Politiker, der bezahlten „Wissenschaft“ und Medien lautet: „Liebe Mitbürger, nun haben wir euch weitgehend unfallfrei durch die Krise geleitet, nun seid ihr dran: durch Sparen und harte Einschnitte in euren Wohlstand müsst ihr das nunmehr zurückzahlen.“ Und in nicht zu übertreffender Demagogie: Wir müssen die junge Generation davor beschützen, unsere Schulden zu bezahlen.

Die zukunftsweisende Lehre ist eine andere: Weder die heutige noch künftige Generationen sollten zurückzahlen, sondern rechnen: In der BRD sind die **Staatsschulden** vom Jahr 2000 bis jetzt von 1,2 Billionen Euro auf aktuell 2,3 Billionen Euro gestiegen. Die **Geldvermögen**, konzentriert in der Oberschicht, betragen – wie dargelegt - fast 8 Billionen Euro, das sind rechnerisch je Kopf der Bevölkerung (vom Säugling bis zum Greis) 100.000 Euro. Nur liegt es nicht beim Säugling und dem Greis, sondern bei wenigen Millionären und Milliardären. Also Junge Generation: Holt euch das Geld dort, wo es nutzlos herum liegt. Um alle Staatsschulden zu tilgen, wären 1/3 des nutzlosen Geldvermögens der Oberschicht nötig. Alle Staatsschulden wären getilgt, niemand brauchte auf vernünftigen Wohlstand verzichten!

Das Grundgesetz deckt solches Handeln: Artikel 14 GG: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist (nur) zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ Die „Enteigneten“ müssen noch nicht einmal umfassend entschädigt werden, wie die Demagogen z.B. beim Thema Enteignung der Wohnungskonzerne immer wieder nach der Devise „Wo soll das Geld herkommen?“ ins Feld führen. Artikel 15 des GG: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können

zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das **Art und Ausmaß** der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Es wird doch wohl niemand ernsthaft behaupten, dass die heutige Eigentumskonzentration noch dem Wohle der Allgemeinheit dient. Das ist aber nicht die Diktion der Koalitionäre, noch irgendwelcher anderen Farbkonstruktionen.

Wirtschaftswachstum zerstört die Umwelt

Kein Politiker kommt – gestoßen durch Massenbewegungen junger Menschen rund um der Erdball – um das Thema „Klimaschutz“ herum. Vor kurzem fand in Glasgow wieder einmal ein pompöser die Umwelt belastender Gipfel statt. Nach 14 Tagen Klimagipfel mit 30.000 Teilnehmern aus 200 Ländern (!) und vielen Nachtsitzungen gebar die Konferenz ein Abschlussergebnis, über welches die deutsche Umweltministerin meint „es sei wirklich etwas historisches gelungen“.

Die deutsche Umweltministerin²⁵ meint: „Hoffnung macht vor allem, was die Welt seit Paris erreicht hat. Noch vor ein paar Jahren steuerte die Erderwärmung auf vier und mehr Grad zu. Inzwischen sind es nur noch 2,7 Grad, wenn alle Staaten die Versprechen einhalten, die sie unter dem Paris-Abkommen gegeben haben.“ Das tun die Staaten aber nicht, weil die großen Schwatzrunden nach großem Streit – „Klimakonferenzen“ genannt – nur unverbindliche utopische Ziele beschließen.

„Die nationalen Klimaschutzpläne, die die einzelnen Staaten nach dem Pariser Abkommen bei den Vereinten Nationen eingereicht haben, würden bei ihrer Umsetzung auf eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 2,4 bis 2,7 Grad hinauslaufen – und das auch nur, wenn sich alle an ihre Pläne hielten. Die Erfahrung mit dem internationalen Klimaschutz seit Rio 1992 sieht allerdings so aus, dass dies kaum jemand tut. Manche Klimaforscher erwarten deshalb bis zum Ende dieses Jahrhunderts eher einen Anstieg um vier Grad und noch mehr..... Der schwedische Klimaforscher Johan Rockström spricht davon, dass wir bei einer Erwärmung um 2,7 Grad auf einem anderen Planeten leben.“²⁶ Oder auch nicht mehr!

Bisher sind die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel nicht gesunken, sondern kontinuierlich angestiegen. Um 67 Prozent (!) sind die weltweiten Kohlendioxid-Emissionen seit 1990 gewachsen: von 22,6 Milliarden Tonnen auf 37,9 Milliarden Tonnen im Jahr 2018.

Die Bundesrepublik ist einer der größten Produzenten von Braunkohle, finanziert Öl- und Gasprojekte in aller Welt und hat im Verkehr und bei den Immobilien nicht mal das eingespart, was sie sich selbst vorgenommen hatte. Aktuell müssen wir uns bei anderen EU-Staaten, die ihre Ziele übererfüllt haben, gerade frei kaufen.

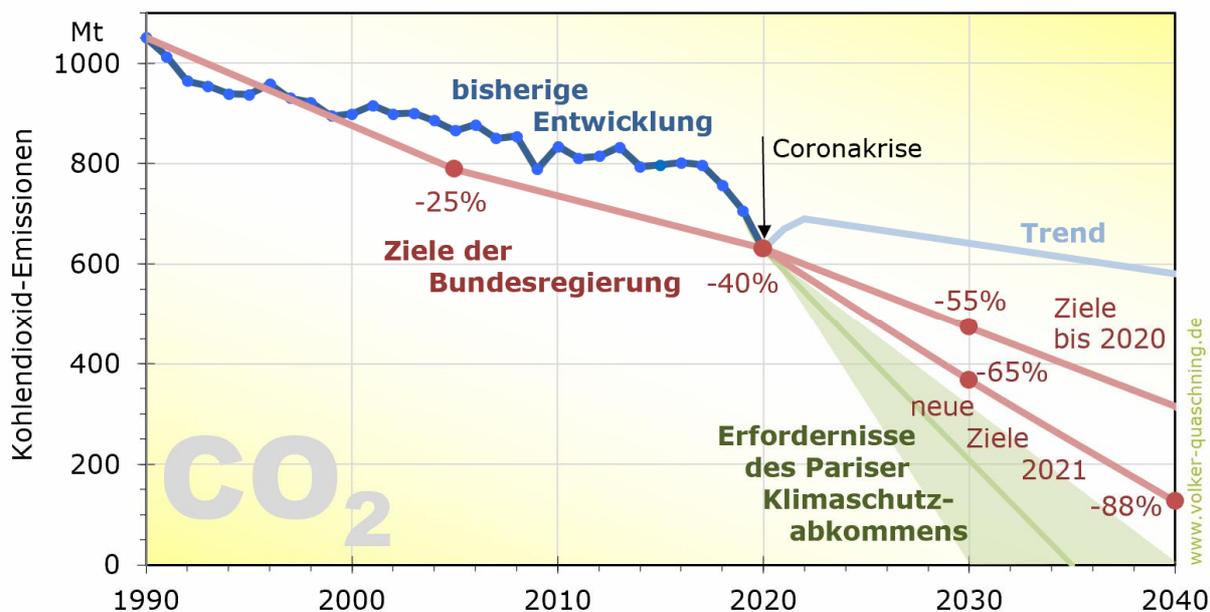
²⁵ Nach dem Besuch einer Polytechnischen Oberschule in Dessau machte **Steffi Lemke** von 1984 bis 1986 eine Ausbildung zur Zootechnikerin. Anschließend war sie von 1986 bis 1988 als Briefzustellerin tätig.^[1] Sie besuchte nebenberuflich einen Abiturlehrgang am Philanthropinum Dessau. Nach dem Abitur 1988 absolvierte sie ein Studium der Agrarwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, das sie 1993 als Diplom-Agraringenieurin (Fachrichtung Tierproduktion) abschloss.

²⁶ MAZ 22./23. Januar 2022 „Unsere Zeit läuft ab“



www.stefan-kaineder.at – Klimabilanz 2020

Deutschland wird nach Einschätzung von Wirtschaftsminister Robert Habeck die Klimaziele in den kommenden zwei Jahren wohl nicht erreichen. "Wir werden unsere Ziele vermutlich auch für 2022 noch verfehlen, sogar für 2023 wird es schwer genug", sagte der Grünen-Politiker der *Zeit*. "Wir fangen mit einem drastischen Rückstand an." Er meint deshalb, dass die deutschen Umweltziele „nicht ohne Zumutung zu haben sind“: Änderungen im Lebensstil, Verkehrswende etc.



www.volker-quaschnig.de Kohlendioxidemissionen in Deutschland

„Umwelt“ ist jedoch mehr als CO²-Emissionen. Bei aller Notwendigkeit zur Klimadebatte kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass diese auch eine politische Ablenkungsfunktion und eine Profilierungsfunktion für Politiker, Wissenschaftler und Klimaaktivisten erfüllt. Auch hier wird nicht die Ursache – kapitalistisches Wirtschaftswachstum – bekämpft, sondern **eine** Auswirkung. Die globale Umweltzerstörung hat jedoch weit mehr lebensgefährliche Komponenten: Raubbau an Bodenschätzen, Vernichtung der Wälder, Knappheit bei Trinkwasser und sogar Bausand, Verschmutzung der Meere durch Plaste und Öl, Artensterben, Überbevölkerung in Armut Kriege. „Eines jedenfalls ist unausweichlich: Das neuerdings sogenannte Anthropozän, setze man nun seinen Beginn um das Jahr 1600, 1800 oder 1950 an, wird das kürzeste aller Erdzeitalter sein und es wird nicht durch eine kosmische Katastrophe enden, sondern durch die hektischen Aktivitäten seines mit Blindheit geschlagenen Namensgebers.“²⁷ – meinen Bürger.

Der „moderne“ Wirtschaftskreislauf ist pervers

Mit der Entkopplung der Reichtumsbildung von der Realwirtschaft zur Spekulationswirtschaft hat sich ein neuer, geradezu perverser, Wirtschaftskreislauf herausgebildet: Durch die ständig erweiterte Reichtumskonzentration auf einige Wenige sind diese nicht mehr in der Lage, diesen Reichtum gewinnbringend zu investieren und natürlich erst recht nicht zu konsumieren. Der Staat schöpft den immensen Reichtum jedoch nicht ab. Im Gegenteil, durch Steuererleichterungen und immer neue ganz legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung und Spekulation trägt er zur ständigen Vermehrung bei. Das ist seine vom Kapital diktierte Aufgabe. Eine Spirale ohne Ende.

Auf der anderen Seite des Pols nimmt die Armut der Massen weiter zu. Aufgabe des Staates ist es, diese Massen durch „angemessene“ – sprich gerade das Weiterleben sichernde – Sozialleistungen ruhig zu stellen. Auch hat er dem Kapital die notwendigen Reproduktionsbedingungen in der Infrastruktur zu sichern. Für beides reicht das Geld wegen zu geringen Steueraufkommens nicht aus.

Welchen Ausweg gibt es? Der Staat borgt sich Geld bei denen, den er es hat überreichlich zufließen lassen – den reichen Kapitalbesitzern. Er verschuldet sich bei ihnen. Damit ist er als Schuldner diesen Gläubigern komplett ausgeliefert. „Er muss nach ihrer Pfeife tanzen.“ Er muss auch die „richtigen“ Staatsbediensteten auf die „richtigen“, sprich dem Kapital hörigen Posten setzen. Wer das nicht tut, wird durch „Liebesentzug“ bestraft, sprich: Die finanziellen „Zuwendungen“ durch die Reichtumsbesitzer werden gesperrt oder/und so hoch verzinst, dass der Staat neue Schulden aufnehmen muss oder „pleite“ geht. Das aktuell praktische Beispiel lieferte der Umgang der EU und personell deren Einpeitscher, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble. Was interessieren „Demokratie“ und „freie Wahlen“, wenn sie den Kapitalinteressen widersprechen?

Das ist der Mechanismus und die Wurzelfür die „Fehlbesetzungen“ in den Regierungen, nicht persönliche Unfähigkeit. Sie ist nur Ausdruck des Dilemmas.

Wann kommt das „konstruktive Misstrauensvotum“?

²⁷ Leserbrief von Bernd Kühn im Tagesspiegel vom 23. Januar 2022

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu erkennen, worauf die aktuellen Fehlbesetzungen in der Ampel hinauslaufen. Bei der ersten substanziellen Belastungsprobe in Finanz-, Wirtschafts- und Sozialfragen wird diese rot – gelb – grüne Farbkonstruktion nicht halten. Wenn bis dahin die Schwarzen sich inhaltlich und personell auch „modernisiert“ haben, steht Schwarz-gelb-grün nicht mehr viel im Wege. Helmut Kohl hat sich schließlich 1982 auch durch ein konstruktives Misstrauensvotum legal – ohne Wahlen - an die Macht als Bundeskanzler Geputscht. Mit Hilfe illegaler Spenden, brutaler Machtausübung und leeren Versprechen- „keinem Ostdeutschen wird es schlechter gehen – regierte er dann 5869 Tage (16 Jahre).

Schwarz und Gelb haben Erfahrung darin, wie man Farbwechsel ohne Neuwahlen durchführt. Im Bundestagarchiv kann man darüber nachlesen: „Bei der FDP hatten sich die Wirtschaftsliberalen um Bundeswirtschaftsminister **Dr. Otto Graf Lambsdorff (FDP)** durchgesetzt. Dieser präsentierte am 9. September 1982 mit dem so genannten Wende-Papier Vorschläge zur Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik. **Seine zentralen Forderungen: Konsequente Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien, Haushaltskonsolidierung, Kürzung einschlägiger Sozialleistungen.** Eine Provokation der SPD und ein Signal zur baldigen Trennung der Koalitionspartner? Tatsächlich konnte der Bundeskanzler (Helmut Schmidt) als Sozialdemokrat solche Positionen nicht billigen, die alles in Frage stellten, was zum engsten Kanon sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik gehörte.“²⁸

Christian Lindner scheint damit inhaltlich und machtpolitisch die Blaupause gefunden zu haben. Auch wenn man der SPD und den Grünen viel Flexibilität beim Machterhalt zutrauen kann, ist irgendwann die Schmerzgrenze – vor allem an der Basis – erreicht. Einige Medien orakeln schon: „Nun müssen sie aufpassen, dass sie ihren Karren in dieser Koalition nicht vor die Wand fahren, während Olaf Scholz ganz ruhig am Steuer sitzt und Christian Lindner mit dem Blinker spielt“. (MAZ 10.1.22)

Etwas vorlaut und wohl zur unpassenden Zeit ließ **Andreas Scheuer** „die Katze aus dem Sack“. Bundeskanzler Olaf Scholz sollte eine Vertrauensabstimmung im Bundestag halten. Es sei „eine Charakterfrage, jetzt die Vertrauensfrage zu stellen“ und eine parlamentarische Mehrheit für die Impfpflicht zu finden, sagte Scheuer bei Bild Live.

Wenn sich die CDU politisch und personell „erneuert“ hat, steht dem Farbwechsel und einem neuen „Steuermann“ nichts mehr im Wege. Ein **schwarzer Kanzler Merz** und ein **gelber Finanzminister Lindner** wären eine verheerende Machtkonstruktion zu Lasten des deutschen Volkes.

Wie eilig es der seit Jahrzehnten mit den Hufen scharrende **Friedrich Merz** mit der sehnlichst erhofften und von seinem Gönner Wolfgang Schäuble geförderten Kanzlerschaft hat, beweisen seine Worte vor und bei der Wahl zum CDU-Vorsitzenden:

Die CDU hat den Anspruch, die Regierung von morgen zu stellen. Wie lange es bis dahin dauern werde, liege allerdings auch an der Partei selbst, meinte er auf dem Wahlparteitag.

²⁸https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2012/40797914_kw40_misstrauensvotum_kalenderblatt-209576

Schon vorher hatte er verkündet: „Ein CDU-Vorsitzender muss grundsätzlich immer in der Lage sein, auch das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen. Wir müssen auch darauf vorbereitet sein, jederzeit die Verantwortung zu übernehmen. Das kann früher passieren als in vier Jahren, das kann aber auch sehr viel länger dauern.“²⁹

Damit es nicht zu lange dauert, mahnt er in der Partei Geschlossenheit an und „frisst Kreide“ durch einigen Sozialparolen. Die „Versöhnung“ mit Söder wurde auch schon eingeleitet.

Das wahre Gesicht von Friedrich Merz ist ein anderes. Merz entstammt einer zutiefst konservativ geprägten römisch-katholischen Juristenfamilie. Er selbst ist studierter Jurist mit praktischen Gerichtserfahrungen. Er ist Multimillionär, hat ein Ferienhaus am Tegernsee, besitzt zwei Privatflugzeuge und eine Pilotenlizenz. Er ist geldgierig und gab selbst an, dass er jährlich rund eine Millionen Euro verdiene. Bescheiden meinte er allerdings, nicht zur deutschen Oberschicht zu gehören.

Er war und ist Aufsichtsratsmitglied oder Vorsitzender diverser Unternehmen darunter Deutsche Börse, CBASF, Commerzbank, Borussia Dortmund, Flughafen Köln/Bonn, BlackRock (größter Vermögensverwalter in der Welt). Zur Verschleierung seiner Nebeneinkünfte klagte er beim Bundesverfassungsgericht, dass Abgeordnete verpflichtet seien, ihre „Nebeneinkünfte“ offen zu legen. Das Gericht lehnte allerdings mit knapper Stimmenmehrheit ab.

Merz ist Mitglied der „Atlantikbrücke“.³⁰ Entsprechend gefärbt sind seine politischen Auffassungen. Er ist für Deregulierungen und weitere Privatisierungen in der Wirtschaft. **„Wir sollten nach der akuten Krise alle staatlichen Leistungen auf den Prüfstand stellen, das gilt auch für soziale Transferleistungen. Stattdessen ist Unternehmen zu helfen, die bewiesen hätten, dass sie erfolgreiche Geschäftsmodelle betrieben.“**

Natürlich ist er gegen Vermögensabgabe und Vermögenssteuer. Statt dessen möchte er die Hartz-IV-Sätze senken. Ihn erfreute deshalb eine Studie der TU Chemnitz (!), die einen Betrag von 132 bis 278 Euro errechnete. Sarrazin lässt grüßen! **Generell müsse man nicht über eine Ausweitung des Sozialstaates, sondern um dessen Begrenzung reden.** In diesem Sinne: Renten sollen voll besteuert, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre erhöht, Kündigungsschutz abgeschafft, Mindestlohn begrenzt werden. „Kindergärten brauchten wie Schulen und Universitäten eine eigene Kapitalbasis. Da müssen Eltern und Ehemalige eben entsprechend einzahlen, wenn sie Qualität sichern und erhalten wollen.“ Als erste Amtshandlung hat der neue CDU-Vorsitzende folglich den Ex-Chef des Wirtschaftsflügels der CDU beauftragt, ein neues Grundsatzprogramm auszuarbeiten.

²⁹ BAMS vom 21. November 2021

³⁰ Die **Atlantik-Brücke** e. V. wurde 1952 als privater, überparteilicher und gemeinnütziger Verein mit dem Ziel gegründet, eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu schlagen. Zu den Mitgliedern der Atlantik-Brücke zählen heute etwa 500 führende Persönlichkeiten aus Bank- und Finanzwesen, Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft. Die Atlantik-Brücke fungiert als Netzwerk und privates Politikberatungsinstitut.

Na, Herr Lindner, wie ist das? Das passt doch viel besser zu ihren Positionen als das zart-rosa Gedankengut der SPD. Und die Grünen? Sind wir nicht überall dabei? Man stelle sich die „Transatlantikflieger“ mit Merz am Steuerknüppel, Lindner als Co-Piloten und Baerbock als Chef-Stewardess vor. Mehr US-Anbiederei geht dann nicht mehr und mehr Sozialabbau wohl auch nicht.

Wir brauchen Gegenmacht von unten

Das wahlfreudige und politisch inaktive deutsche Volk sollte gewarnt sein. Eine Regierung unter einem Kanzler Merz bedeutet Rückfall in finsterste Zeiten der Kapitalherrschaft.

Linke Utopien von der Veränderung durch Kreuzchen an der Wahlurne oder die Transformation der Gesellschaft in klitze-kleinen Schritten durch Regierungsbeteiligung sind zwar bevorzugte Illusionen. Sie tun aber niemanden weh, und verbessern nicht viel.

Auch das Festhalten an alten Denkmustern führt unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts offensichtlich nicht zum Ziel. Das Festhalten an einer Ideologie von „der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse“ lenkt von **den** Kräften ab, die auf Grund ihrer objektiven Lage an einer Veränderung des Gesellschaftssystems interessiert sein müssen. Revolutionäre Veränderungen des Systems erfordern im 21. Jahrhundert die Einbeziehung **aller** vom Kapital ausgebeuteten und vor allem ausgestoßenen Bevölkerungsschichten. Statt Diktatur einer Klasse gilt es, von vornherein breite Volksschichten demokratisch in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und zu revolutionären Aktionen zu motivieren.

Wir müssen „Fortschritt wagen.“ Bei meinen Recherchen zu dieser Problematik bin ich bereits vor Jahren auf einen Konferenzbeitrag einer lateinamerikanischen Politikwissenschaftlerin gestoßen, der die Erfahrungen ihres Subkontinentes verallgemeinert und Anlass zu tiefem Nachdenken sein sollte.³¹

Die Autorin stellt die Machtfrage in völlig neuen Zusammenhang, und zwar nicht in einer irgendwie angelegten Führung von „oben“, sondern als Macht von „unten“. Sie geht davon aus, dass die Machtfrage nicht aus dem Studium von theoretischen Texten, sondern aus der Praxis der sozialen Bewegungen heraus neu gefasst werden muss. *Die sozialen Bewegungen sind entstanden als ein Ausdruck der Verzweiflung der Armen, ihres Bewusstwerdens, dass sie allein gelassen sind. Die Arbeiterklasse kann es nicht tun, denn das zentrale Problem dieser Gesellschaft in der ganzen Welt ist das der Arbeit. Die politischen Parteien müssen sich verändern. Wenn man sich nur auf die politischen Parteien beschränkt und die sozialen Bewegungen außer acht lässt, dann hat man keinen Erfolg. Diese eingeschränkte Politik der Parteien bedeutet, dass man sich auf die institutionelle Frage von Wahlen beschränkt, anstatt eine gesellschaftliche und politische Kraft für Veränderungen aufzubauen. Unsere Parteien richten sich im Wesentlichen auf die Diskussion über die Besetzung von Posten und die parlamentarische Vertretung. Politik muss sich darauf orientieren, in jeder konkreten Situation die Potentiale aufzugreifen, die vorhanden sind, um die eigenen Kräfte zu stärken.*

³¹ Isabel Rauber – Havanna – Argentinische Politikwissenschaftlerin und Philosophin, Universität Havanna, Konferenzbeitrag 2006 in „Lateinamerika im Aufbruch“ Heft 85, Helle Panke, Seite 39ff.

Es gilt, diesen linken Widerstand durch Schaffung politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht zu organisieren. Es gilt, die unsagbar schädigende Zersplitterung im linken Spektrum der Parteien, Organisationen, Verbände und Vereine nach der Devise „Jeder macht sein`s und weiß alles besser“ zu überwinden. Nicht die Abgrenzung untereinander kann Aufgabe linker Politik sein, sondern das Einigende zur Überwindung der Macht des Kapitals.

Nur massenhafte Volksbewegungen werden Veränderungen herbeiführen. Und es macht Mut, dass junge Menschen rund um den Erdball, nicht nur für „Klimawandel“ protestieren, sondern zunehmend „Systemwandel“ einfordern. Die Erkenntnis, dass „Systemwandel“ vor allem den Wandel der Eigentumsverhältnisse erfordert, muss diesen Bewegungen vermittelt werden. Das wäre die Aufgabe wirklich linker Organisationen.

Redaktionsschluss 25. Januar 2022